



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild SPD**

Unsinnige Regelungen zum Erhalt des Ackerstatus abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene für eine Anpassung des aktuell gültigen Grünlandumbruchsgebots zum Erhalt des Ackerstatus an die Anforderungen der Praxis bereits in der aktuellen Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik einzusetzen.

Insbesondere soll geprüft werden, inwieweit Möglichkeiten bestehen, auf eine klimaschädliche und kostenintensive Zerstörung der bestehenden Grasnarbe zu verzichten und gleichzeitig den bestehenden Ackerstatus zu erhalten.

Begründung:

Gemäß EU-Vorgaben handelt es sich bei Dauergrünland um Flächen, die durch Einsaat oder auf natürliche Weise (Selbstaussaat) zum Anbau von Gras oder anderen Grünfütterpflanzen genutzt werden, seit mindestens fünf Jahren nicht Bestandteil der Fruchtfolge sind und mindestens fünf Jahre lang nicht umgepflügt wurden.

Dies führt in der Praxis dazu, dass viele Wiesen und Weiden spätestens alle fünf Jahre umgepflügt werden, um den sogenannten Ackerstatus zu erhalten. Dies ist pflanzenbaulich oftmals unsinnig, da eine bestehende Grasnarbe zerstört wird. Darüber hinaus ist es kostenintensiv und klimaschädlich.

Nachdem es wohl zu einem längeren Verzug in der Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik kommt, ist es dringend erforderlich, diese unsinnige Regelung bereits in der aktuellen Periode zu verändern.